



## **Rechenschaftsbericht 2009 des Regierungsrates und**

### **Zwischenbericht**

### **zu den per Ende März 2010 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission  
vom 2. Juni 2010

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat den Rechenschaftsbericht vom 30. März 2010 sowie den Zwischenbericht zu den fälligen Vorstössen gemäss Vorlage Nr. 1935.1 - 13409 am 2. Juni 2010 zusammen beraten. Wir erstatten Ihnen den wie folgt gegliederten Bericht:

1. Rechenschaftsbericht 2009
2. Zwischenbericht zu fälligen Vorstössen
3. Anträge

#### **1. Rechenschaftsbericht 2009**

Gemäss § 47 Abs. 1 Bst. f der Kantonsverfassung (BGS 111.1) hat der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Bericht über seine Geschäftsführung vorzulegen. Den Stawiko-Delegationen wird im Rahmen der Rechnungsprüfung jeweils ein Vorabdruck ihrer Direktion zugestellt, da die gedruckte und gebundene Fassung jeweils erst kurz vor der Stawiko-Sitzung vorliegt.

Der Rechenschaftsbericht wird von der Stawiko zusammen mit der Jahresrechnung behandelt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unseren heutigen Bericht Nr. 1942.1 - 13434. Der Rechenschaftsbericht gab zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

#### **2. Zwischenbericht zu fälligen Vorstössen**

Nachdem in den letzten Jahren die Anträge für Fristverlängerungen kontinuierlich abgenommen haben, beantragt der Regierungsrat dieses Jahr deren zwölf. Die Stawiko ist über diese Entwicklung besorgt und fordert den Regierungsrat auf, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, dass die parlamentarischen Vorstösse in Zukunft wieder innert nützlicher Frist beantwortet werden.

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten und in der Detailberatung wurden folgende Anträge gestellt:

**Zu Ziffern A1 und A2** wurde ein Antrag gestellt, die Frist für die beiden Motionen betreffend Feuerwehrpflicht und Ersatzabgabe nur bis Ende 2010 zu verlängern anstatt bis Ende 2011. Zur Begründung wurde vorgebracht, dass dieses Geschäft gemäss den Angaben im regierungsrätlichen Bericht bereits lange in Bearbeitung sei und dass hier jetzt endlich vorwärts gemacht werden müsse.

Dem wurde entgegengehalten, dass aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung noch Verhandlungen mit den Gemeinden geführt werden müssten, was die geforderte Zeit beanspruchen werde.

→ Die Stawiko stimmt dem Antrag, die Frist lediglich bis Dezember 2010 zu verlängern, mit 10 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

**Zu Ziffer A8** wurde ein Antrag gestellt, die Frist der Motion betreffend Projektierung der Zuger Stadtkernentlastung nur bis Ende 2011 zu verlängern anstatt bis Ende 2012.

Zur Begründung wurde vorgebracht, dass der Kantonsrat die Frist zur Beantwortung dieser Motion aus dem Jahr 2006 bereits bis Ende 2010 verlängert hatte. Dieses Geschäft müsse nun endlich vordringlich bearbeitet werden und eine Fristerstreckung bis Ende 2011 sei bereits grosszügig bemessen.

→ Die Stawiko stimmt dem Antrag, die Frist lediglich bis Dezember 2011 zu verlängern, mit 10 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

**Zu Ziffer A10** wurde festgestellt, dass für die Beantwortung dieser Interpellation gemäss den Ausführungen des Regierungsrates auf Seiten 5 und 6 seines Berichtes ein riesiger Aufwand betrieben werde. Die Stawiko interessieren die Fremdkosten und dabei insbesondere, wie hoch die Rechnung der eidgenössischen Steuerverwaltung für die erwähnte Studie ausfallen wird.

→ Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, nach Abschluss der Arbeiten den Stawiko-Präsidenten schriftlich über die damit zusammenhängenden Fremdkosten zu informieren.

### 3. Anträge

Wir beantragen Ihnen

- 3.1 einstimmig, den Rechenschaftsbericht 2009 des Regierungsrates vom 30. März 2010 zu genehmigen;
- 3.2 einstimmig, auf die Vorlage Nr. 1935.1 - 13409 einzutreten und ihr mit folgenden Ausnahmen zuzustimmen (Stimmenverhältnisse siehe oben):
  - Ziffern A1 und A2 bis Ende 2010;
  - Ziffer A8 bis Ende 2011.

Zug, 2. Juni 2010

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Gregor Kupper